

STADT GRÜNBERG

Fraktionsantrag

Drucksache VL-53/2022

- öffentlich -

Datum: 16.03.2022

Aktenzeichen	
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	10.03.2022	beschließend

Betreff: Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen wg. Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen und Solidaritätsbekundungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat erklärt seine Bereitschaft, im Rahmen der in Grünberg vorhandenen Möglichkeiten, ukrainische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Dazu bitten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung alle Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe bei der Bereitstellung von Unterkünften.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekundet ihre Solidarität mit der Ukraine und verurteilt entschieden den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die dort begangenen Kriegsverbrechen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet alle Bürgerinnen und Bürger Solidarität gegenüber der Ukraine zu zeigen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten humanitäre Hilfsaktionen (z.B. durch Spenden) zu unterstützen.

Begründung:

Infolge der völkerrechtswidrigen Invasion Russlands in die Ukraine sind viele Menschen auf der Flucht aus den Kriegsgebieten. Die Stadt Grünberg zeigt sich solidarisch mit den geflüchteten Menschen aus der Ukraine und erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten geflüchtete Menschen aus der Ukraine schnell und unbürokratisch aufzunehmen.

Die entsprechenden Vorbereitungen hierzu sind bereits angelaufen und die Stadt Grünberg steht im engen Austausch mit dem Landkreis Gießen. Da nicht absehbar ist, wie viele Menschen aus den Kriegsgebieten in Deutschland und auch in Grünberg ankommen, bittet der Magistrat alle Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe bei der Bereitstellung möglicher Unterkünfte.

Aufgrund der Völkerrechtswidrigkeit des russischen Angriffskrieges und der eklatanten Menschenrechtsverletzungen, die durch russische Soldaten auf Befehl Wladimir Putins verübt werden, verurteilt die Stadtverordnetenversammlung die Geschehnisse in der Ukraine und steht solidarisch an der Seite der Bürgerinnen und Bürger der Ukraine.

Aufgrund des schrecklichen Angriffskrieges ist es ein Gebot der Humanität und der Nächstenliebe, humanitäre Hilfsaktionen oder die Flüchtlingshilfe zu unterstützen, weshalb die Bürgerinnen und Bürger um Spenden oder ähnliche Hilfsleistungen gebeten werden.

Anlage(n):

- 1 Resolution Solidarität mit der Ukraine

